Frankenberger Tageblatt

Das Tageblatt erscheint an jedem Werktag: Monats-Bezugspreis ab 1. April: Bei Abholung in den Ausgabestellen der Stadt 1.80 Mk., in den Ausgabestellen des Landbezirks 1.90 Mk., bei Zutragung im Stadtgebiet 1.95 Mk., bei Zutragung im Landgebiet 2.00 Mk. Wochenkarten 50 Pfg. Einzelnummer 10 Pfg., Sonnabendnummer 20 Pfg. Postscheckkonto: Amt Leipzig 14061. Gemeindegirokonto: Frankenberg i. Sachsen Nr. 21. Telegrammadresse: Tageblatt Frankenbergsachsen

Bezirks-Anzeiger

Anzeigenpreis: Der Grundpreis für die 34 mm breite einspaltige Petitzeile beträgt 20 Goldpfennig, für die 147 mm breite amtliche Zeile 30 Goldpfennig, für die 90 mm breite Zeile im Redaktionsteile 50 Goldpfennig. Kleine Anzeigen sind bei Aufgabe zu bezahlen. Für Nachweisung und Vermittlung 1 Zeile Sondergebühr. — Für schwierige Satzarten und bei Platzvorschriften Aufschlag. Bei größeren Aufträgen und im Wiederholungsfalle gewährt Ermäßigung nach beiliegender Staffel.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Flöha, des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Frankenberg und der Gemeinde Niederwiesa

Rotationsdruck und Verlag: E. G. Roßberg (Inhaber Ernst Roßberg jun.) in Frankenberg. — Verantwortlich für die Redaktion: Karl Liegert, Frankenberg

№ 237 — Donnerstag den 9. Oktober 1924 nachmittags — 83. Jahrgang

Anzeigen-Annahme für die Sonnabend-Nummer

größere bis Freitag abend — kleinere bis Sonnabend vormittag 9 Uhr

Die Besprechungen der Fraktionen

Die Besprechungen der Reichstagsfraktionen haben Mittwoch vormittag begonnen. Um 10 Uhr trat die

Fraktion des Zentrums

unter dem Vorsitz des Reichstagsabgeordneten Fehrenbach zusammen. Der Reichskanzler, der an der Sitzung teilnahm, erstattete ein Referat über die politische Lage. Außerdem nahmen an der Sitzung die Reichsminister Dr. Braun und Dr. Hoefle sowie von bekannten Mitgliedern der Fraktion die Abgeordneten Stegerwald und Dr. Wirth teil. Etwa die Hälfte der Fraktion war anwesend. Es wurde einstimmig folgender Beschluß gefaßt:

„Die Zentrumsfraktion des Reichstages ist der Ueberzeugung, daß nur ein in innerer Einigkeit gestärktes Volk Deutschland retten, der durch die Annahme des Londoner Abkommens geschaffenen gesamtpolitischen Lage gerecht werden und die uns auferlegten schweren Lasten unter tätiger Mitwirkung aller schaffenden Kräfte der Arbeit und der Wirtschaft tragen könne. Auch das ersehnte Ziel der baldigen völligen Befreiung der besetzten Gebiete ist auf diesem Wege am besten zu erreichen. Die Zentrumspartei unterstützt daher nachdrücklich die auf dieser Grundanschauung beruhenden Bemühungen des Reichskanzlers, die bestehende Koalition durch Hinzuziehung aller zu aufbauender Mitarbeit bereiten Parteien von rechts und links zu verbreitern und dadurch eine starke und gesicherte Regierung zu schaffen. Die Zentrumspartei erwartet von der vaterländischen Gesinnung und der Staatsverantwortung aller zur Mitwirkung berufenen Parteien bestimmt, daß sie sich unter Zurückstellung sämtlicher Parteiinteressen der dem Volksganzen dienenden Arbeitsgemeinschaft zum Wiederaufbau des Vaterlandes anschließen."

In der

demokratischen Fraktion

erstattete, da der erste Fraktionsvorsitzende Dr. Koch noch im Auslande weilt, der Abg. Erkelenz eingehend Bericht über die Richtlinien und die bisherigen Verhandlungen mit dem Reichskanzler.

Die Nationalsozialisten haben ihre Sitzung auf den Tag vor dem Zusammentritt des Plenums festgesetzt. Die bayerische Volkspartei, die Wirtschaftsvereinigung und die Kommunisten haben noch keine Fraktionssitzung anberaumt.

Die Forderungen der Deutschnationalen Volkspartei

Berlin, 8. 10. Die Fraktionssitzung der Deutschnationalen Volkspartei, die heute nachmittag 5 Uhr begann, dauerte bis gegen 9,30 Uhr an. Als Ergebnis der Sitzung veröffentlicht die Fraktion eine Entschließung, welche die fast einmütige Zustimmung aller Anwesenden gefunden hat. Nur einige wenige Stimmen waren gegen einzelne Formulierungen ablehnend. Die Entschließung heißt: Die Reichstagsfraktion der Deutschnationalen Volkspartei hat am Mittwoch, den 8. Oktober, nachstehenden Beschluß gefaßt:

Der Vorschlag des Herrn Reichskanzlers entspricht weder den bisherigen Forderungen der Deutschnationalen Volkspartei, noch den ihr gegebenen Zusicherungen, deren Erfüllung wir nach wie vor erwarten. Nachdem indessen der Herr Reichskanzler den Gedanken der Volksgemeinschaft in den Vordergrund gestellt hat, erklären wir, daß gerade auch die Deutschnationale Volkspartei stets für die Volksgemeinschaft eingetreten ist. Wir verstehen darunter eine Gesinnungsgemeinschaft, die in der Zusammenfassung aller auf christlichem, nationalem und sozialem Boden stehenden Volkskräfte besteht. Demgemäß setzen wir voraus, daß Sicherheiten dafür geschaffen werden, daß alle an der vorgesehenen Gemeinschaft beteiligten Parteien sich zu folgenden Zielen bekennen:

1. Christliche Jugenderziehung und christliche Kultur als Grundlage des Staatslebens.

2. Unter Ablehnung des, die Volksgemeinschaft verneinenden Klassenkampfes und unter Sicherung der Koalitionsfreiheit die Bekämpfung jedes den Arbeitsfrieden bedrohenden Terrors und die Förderung der Arbeitsgemeinschaft bei voller Wahrung der sozialen und Gleichberechtigung der Arbeitnehmer.

3. Anerkennung und weitere amtliche Verfolgung der Regierungserklärung vom 29. August über die Nichtschuld Deutschlands am Kriege.

Die Deutschnationale Reichstagsfraktion billigt das bisherige Verhalten ihrer Unterhändler und ermächtigt sie, in Erneuerung des am 29. September erteilten Auftrages zu weiteren Verhandlungen über die Regierungsbildung an Hand der vorgelegten, im einzelnen noch zu erörternden Richtlinien.

Die Richtlinien des Reichskanzlers.

für die Entscheidung über den Eintritt in die Volksgemeinschaft, die am Mittwoch früh den Parteiführern übermittelt worden sind, lauten folgendermaßen:

1. Die Verfassung vom 11. August 1919 wird als rechtmäßige Grundlage des staatlichen Lebens anerkannt. Jeder Versuch, ihre Abänderung auf ungesetzlichem, insbesondere gewaltsamem Wege herbeizuführen, wird als Hochverrat zu bestrafen und zu verfolgen sein.

2. Die Richtung der Außenpolitik wird in erster Linie durch die Londoner Abmachungen bestimmt. Die auf Grund derselben erlassenen Reichsgesetze sind loyal durchzuführen, ebenso wie wir die loyale Durchführung des Abkommens von unseren Vertragsgegnern erwarten. Die Regierung wird es sich angelegen sein lassen, die Auswirkung der übernommenen Verpflichtungen auf das sorgfältigste zu überwachen und die ihr als notwendig erscheinenden Abänderungen zu erreichen. Die Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund soll entsprechend dem [illegible] Memorandum niedergelegten Auffassung erfolgen werden.

3. Bei der Lastenverteilung in Ausführung der bezeichneten Gesetze sollen die Maßstäbe der Wirtschaftsförderung und der sozialen Gerechtigkeit angewendet werden. Die bestehenden Finanzgesetze sollen nach diesen Gesichtspunkten durchgearbeitet werden.

4. Als eine der wichtigsten Aufgaben der Regierung wird es betrachtet, die sozialen Leistungen dem Bedürfnis entsprechend zu steigern, sobald die finanzielle Lage des Reiches es irgendwie zuläßt.

5. Wirtschaftspolitisch wird möglichste Steigerung der Produktion und des Nutzungsgrades der Arbeit angestrebt werden, um die internationale Kredit- und Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft zu sichern, wie sie insbesondere auch unter dem Gesichtspunkt der Reparationsbelastung unerläßlich ist. Ausgehend vom Grundsatz der wirtschaftlichen Freiheit werden staatliche Eingriffe nur insoweit in Betracht kommen, als sie notwendig erscheinen, um eine wirtschaftsschädliche Unterdrückung der Wirtschaftsfreiheit von anderer Seite abzuwehren. Bei Lösung der bevorstehenden außenhandelspolitischen Aufgaben wird mit der Stärkung der inländischen Produktion gleichzeitig auf die möglichste Förderung der Ausfuhr auf dem Boden von Gegenseitigkeit und Meistbegünstigung und die tunlichste Schonung des Verbrauches hingearbeitet werden.

Ungarn und die Habsburger.

Aus Budapest wird berichtet, daß der Sohn des Erzherzogs Josef, Erzherzog Franz Josef, der kürzlich eine Tochter des sächsischen Königs geheiratet hat, am 7. Oktober auf einem Dampfer in Budapest anlangte. Der Empfang des jungen Ehepaares gestaltete sich zu einer großen habsburgischen Demonstration, die dadurch eine Bedeutung erlangte, daß sich an ihr alle Behörden beteiligten. Es wird berichtet, daß Erzherzog Franz Josef in Begleitung seines ersten Adjutanten, General Papp-Alegyan, erschien. In Vertretung des Reichsverwesers Horthy war ein Oberst des Generalstabes, der Chef der Kabinettskanzlei [illegible] erschienen. Das Ehepaar wurde von Horthys Vertreter in ungarischer Sprache begrüßt. Vom Dampfer begab sich der Zug der Gäste in die St. Matthiaskirche, wo Staatssekretär Bartzy im Auftrage des Ministerpräsidenten eine Ansprache hielt. Während des Gottesdienstes kreiste ein Militärflugzeug über der Kirche. Die Eheschließung des Erzherzogs wurde dem Nationalrat mitgeteilt.

Hin und Her auf dem chinesischen Kriegsschauplatz.

Nach den neuesten Meldungen aus Schanghai läßt sich die Lage an der chinesischen Front wie folgt beurteilen: Es gelang den Regierungstruppen, den als wichtigen strategischen Punkt bezeichneten Berg Sunghiang, 25 Kilometer südwestlich von Schanghai, zurückzuerobern. Die Rebellen sind auf der ganzen Front um etwa neun Meilen zurückgeworfen. Augenblicklich werden erbitterte Kämpfe um die von den Regierungstruppen gehaltene Stellung um und in Schanghaikwan und in der Gegend von Jehol und Mukden geführt. Wie die Pekinger Regierung mitteilt, sind von den Franzosen wiederum 20 Flugzeuge und zehn Tanks an die mandschurischen Truppen abgeliefert worden.

Forderungen des Hansa-Bundes für eine kleine Steuerreform

Das außerordentliche Mißverständnis zwischen den dauernden Steuerforderungen von Reich, Ländern und Gemeinden zur Leistungsfähigkeit der deutschen Wirtschaft und die Tatsache, daß die hauptsächlichsten Steuern wesentliche Mehrerträge gegenüber den Voranschlagsziffern erbringen und damit zu einer unproduktiven Geldansammlung in den öffentlichen Kassen führen, hat das Präsidium des Hansa-Bundes für Gewerbe, Handel und Industrie veranlaßt, in einer umfangreichen Eingabe an das Reichsfinanzministerium eine Reihe der dringendsten Steuerforderungen zusammenzustellen. Die Eingabe betont dabei gleichzeitig, daß die Wirtschaft unbedingt eine baldige grundsätzliche Reform des deutschen Steuerwesens erwarte, damit endlich eine gerechte Lastenverteilung erfolgt und zwischen der Leistungsfähigkeit des einzelnen Betriebes und seiner Steuerpflicht wieder ein direktes Verhältnis hergestellt wird. — Die Einzelforderungen des Hansa-Bundes zu den gegenwärtigen Steuern beziehen sich auf wesentliche Erleichterungen der Vorauszahlungen für die Einkommen- und Körperschaftssteuer, soweit Zwischenbilanzen für das 1. Halbjahr 1924 Betriebsverluste oder nur einen unverhältnismäßig geringen Gewinn ausweisen. Weiterhin fordert die Eingabe allgemein die Abzugsfähigkeit der Ertragssteuern und Verbrauchsabgaben sowie bei den physischen Personen den Abzug von monatlich 50 Goldmark entsprechend des als abzugsfähig bei den Lohnsteuerpflichtigen festgelegten Betrages. Für die Abführung der Lohnsteuersummen wird die Wiederherstellung der monatlichen Zahlung gefordert, bei der Umsatzsteuer tritt die Eingabe des Hansa-Bundes für eine Herabsetzung des Steuersatzes auf 1½%, für die Steuerfreiheit der Handelsagenten, für die Aufhebung der Luxussteuer und für die Zulassung ausreichender Stundungsmöglichkeiten ein.

Zur deutschen Einheitskurzschrift

Die amtliche Pressemeldung, daß die deutsche Einheitskurzschrift in Kraft getreten sei, hat, wie täglich bei der geschäftsleitenden Stelle des Sächsischen Landesverbandes Gabelsberger einlaufende Anfragen beweisen, bei den Stenographenvereinen im ganzen Lande große Verwirrung und Beunruhigung hervorgerufen. Teilweise sind sogar schon mit Rücksicht auf bevorstehende Einheitsstenographie laufende Kurse in Gabelsbergerscher Stenographie eingestellt worden. Eine solche Handlungsweise ist verfrüht. Die Einheitsstenographie ist zwar theoretisch beschlossen worden, bis zur praktischen Durchführung im Unterricht wird aber voraussichtlich noch lange Zeit vergehen. Es fehlen noch jegliche Lehrbücher, es gibt keine Lehrer, die in der Einheitsstenographie unterrichten können, es ist überhaupt erst ein Teil der Kurzschrift, nämlich die Verkehrsschrift, im Entwurf niedergelegt. Für den zweiten Teil, die Redeschrift, liegen noch nicht einmal Vorarbeiten vor, und mehrere Länderregierungen (Sachsen, Bayern, Thüringen und Braunschweig) haben ihre Zustimmung zu dem Einheitsentwurfe von der Bedingung abhängig gemacht, daß vor der Einführung auch der Redeschriftteil geschaffen sein muß. Die genannten Regierungen haben außerdem die Bedingung gestellt, daß die Einheitskurzschrift von sämtlichen deutschen Staaten sowohl in den Schulen wie auch in dem amtlichen Verkehr eingeführt wird. Auch diese Bedingung ist noch nicht erfüllt, so daß mit der Möglichkeit der praktischen Durchführung und Anwendung der Einheitskurzschrift im Unterricht — selbst wenn die gestellten Bedingungen erfüllt werden und die Vorbereitungen zur Einführung der Einheitskurzschrift sich wider Erwarten schnell und reibungslos vollziehen sollten — unter keinen Umständen vor Ostern 1925 gerechnet werden kann. Die geschäftsleitende Stelle des Sächsischen Landesverbandes Gabelsberger empfiehlt daher, überall im Lande, in den Vereinen und in Privatkursen, ebenso wie es ja in den Schulen geschieht, zunächst sämtliche laufende (Wiederholungs- und Anfänger-) Kurse in Gabelsbergerscher Stenographie unbekümmert um die Einheitskurzschrift weiterzuführen und auch ruhig weiter neue Kurse in Gabelsbergerscher Stenographie zu beginnen. Das, was in den jetzt neu beginnenden Gabelsbergerschen Kursen gelehrt wird, ist nicht verloren. Die Einheitskurzschrift ist ein Kompromißsystem zwischen Gabelsberger und Stolze-Schrey, und es wird für jeden, der eins der beiden Systeme beherrscht, leicht sein, sich auf das Einheitssystem umzustellen. Die Umstellung wird jedenfalls leichter sein, als wenn man als vollkommener Laie sich später an die Erlernung der Einheitskurzschrift machen würde. Für die Gabelsbergerschen Stenographenvereine im Lande gilt also daher die Parole: Zunächst geschlossen weiter unterrichten in unserem bewährten Gabelsbergerschen System und dann, wenn in hoffentlich nicht zu langer Zeit die Vorbedingungen für einen gedeihlichen Unterricht auch in der Einheitsstenographie geschaffen worden sind, im Sinne und Geiste unseres Meisters Gabelsberger möglichst geschlossen in der deutschen Einheitsstenographie zu lehren.

Politische Nachrichten

Aufwertungsausschuß. Im weiteren Verlaufe der Aussprache im Aufwertungsausschuß des Reichstages wurden noch die Fragen behandelt, inwieweit eine Erhöhung des Aufwertungssatzes von 15 Prozent bei den Vermögensanlagen der dritten Steuernotverordnung möglich sei. Angenommen wurde ein Antrag des Abg. Hergt (Dnatl.), worin die Regierung um Aeußerung darüber gebeten wird, inwieweit die Gemeinden mit einer Aufwertungssteuer belegt werden können, um Mittel für die Reichsanleiheaufwertung zu beschaffen, und inwieweit die Industrie im Wege der Freiwilligkeit ihre Obligationen weiter über den Aufwertungssatz von 15 Prozent hinaus bisher zurückgezahlt hat. Ueber die von dem Abg. Dr. Fleischer (Ztr.) vorgelegte Resolution und die dazu gehörigen Leitsätze soll am Donnerstag beraten werden.

Die Türkei und der Völkerbund. In einer Havasmeldung aus Konstantinopel heißt es, die junge türkische Republik wünsche, wie alle anderen Demokratien, lebhaft, mit dem Völkerbund zusammen zu arbeiten. Aber Erwägungen politischer Opportunität könnten sie hindern, unverzüglich in Genf ihren Eintritt anzumelden, solange die Frage von Mossul noch vor dem Völkerbunde anhängig sei.

Belgien und die deutsche Anleihe. Nach der Etoile Belge werden die belgischen Banken lediglich mit einem Betrage von 500 000 Pfund Sterling an der Aufbringung der Dawesanleihe beteiligt sein. Der Restbetrag des belgischen Anteils in Höhe von 1 Million Pfund Sterling sei vom Finanzministerium schon anderweitig untergebracht.

Macdonalds unsichere Stellung. Die innenpolitische Lage ist gegenwärtig ungeklärter denn je zuvor. Macdonald spricht zur Zeit (7 Uhr abends) im Unterhause. Die entscheidende Abstimmung dürfte erst in den späten Abendstunden stattfinden. In Regierungskreisen rechnet man immer noch mit der Möglichkeit, daß sich Neuwahlen oder eine Regierungsumbildung vermeiden lassen werden. Die Stimmung im großen und ganzen ist außerordentlich überspannt. Die Tribünen im Unterhause sind überfüllt.